



Die stürmischen Zeiten sind noch nicht vorbei: Die Verlängerung des Programms war nur der erste Schritt. BILD: SN/DAPD

Athen muss wieder auf Reformkurs

Die Eurofinanzminister gaben am Dienstag grünes Licht für die Verlängerung des griechischen Hilfsprogramms. Für die neue Regierung beginnt damit die härteste Übung: die Umsetzung ihrer geplanten Reformen.

STEPHANIE PACK

BRÜSSEL. Auf insgesamt sechs Seiten listete die griechische Regierung in dem Brief an Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem ihre geplanten Reformmaßnahmen auf. Früher als erwartet gaben die Eurofinanzminister Dienstagmittag dazu ihren Segen und damit grünes Licht für die Verlängerung des Hilfsprogramms. Athen kann aufatmen, zumindest fürs Erste.

Die Reformen, die Griechenland in dem Papier vorschlägt, müssen nun konkretisiert werden. „Es ist erst eine erste Liste und daran muss noch sehr hart gearbeitet werden“, sagte Dijsselbloem am Dienstag vor dem Europaparlament in Brüssel ganz unmissverständlich. Das endgültige Reformprogramm, das wieder die Zustimmung der Eurofinanzminister braucht, soll bis spätestens Ende April fertig sein.

Zu konkretisieren gibt es bis dahin so einiges. Der Bogen der geplanten Reformen ist weit gespannt und reicht von Maßnahmen in der Steuerpolitik bis zum Pensionssystem. In erster Linie will die Linksrchts-Regierung in Athen mehr Steuereinnahmen generieren. Dazu



BILD: SN/APA/EP/ARNAUD

„Ankündigung der Griechen ist seriös.“

J. Dijsselbloem, Eurogruppenchef

soll das System der Mehrwertsteuer überarbeitet und die Definition von Steuerbetrug breiter gefasst werden. Die Regierung will „eine neue Kultur der Einhaltung von Steuervorschriften“ schaffen. Zudem sind Gesetze in Planung, um die Rückzahlung von ausstehenden Sozial-

versicherungsbeiträgen und Steuerschulden zu ermöglichen. Dabei will die Regierung berücksichtigen, wenn jemand seine Schulden schlicht nicht begleichen kann.

Welche konkreten Einsparungen die Maßnahmen bringen sollen, rechnet die griechische Regierung in ihrer ersten Liste nicht vor. Großes Potenzial dürfte jedenfalls auch in der Modernisierung des Pensionssystems liegen. Tsipras' Kabinett will hier etwa Anreize für Frühpensionen streichen. Die Bekämpfung des Schmuggels von Benzin und Tabak soll zusätzlich Geld in die Staatskasse spülen.

Einsparen will die neue Regierung auch in der Verwaltung. Der Kampf gegen Korruption wird zur „nationalen Priorität“ erklärt. Auf Athens Reformliste findet sich zudem die Reduktion von Ministerien, künftig soll es nur mehr zehn statt bislang 16 geben. Auch die Zahl der

„Sonderberater“ im Staat könnte reduziert werden. Vergünstigungen für Minister, Parlamentarier und hohe Beamte werden in Zukunft wohl geringer ausfallen, vom Dienstwagen über Reisekosten bis zu den Spesenkonten wird laut dem Reformplan der Rotstift angesetzt.

Die neue Regierung bekennt sich mit der Liste dazu, abgeschlossene Privatisierungen nicht zurückzunehmen. Künftige Vorhaben will man aber noch einmal prüfen und dabei den „langfristigen Nutzen für den Staat“ berücksichtigen.

Erst im letzten Absatz des Papiers kommt die Sprache auf die Bekämpfung der humanitären Krise, das eigentliche Hauptanliegen der regierenden Syriza-Partei. Wenig konkret wird von der Versorgung mit Lebensmitteln, Strom und Gesundheitsdiensten gesprochen. Zuletzt heißt es aber klar: Die Regierung werde sicherstellen, dass die Be-

kämpfung der humanitären Krise keine negativen Auswirkungen auf den Haushalt haben wird.

Zugeständnisse, die vor allem eines bewirken sollen: das Vertrauen der Europartner in Griechenland wiederherzustellen. Das hoffte zumindest Jeroen Dijsselbloem am Dienstag. In den ersten Wochen nach der Wahl habe die neue Regierung „einiges an Vertrauen aufs Spiel gesetzt“. Das Ergebnis der Wahl in Griechenland sei zwar klar gewesen, und damit auch das Mandat der neuen Regierung. In der Eurogruppe müssten aber auch 18 andere Mandate berücksichtigt werden. „Wir müssen die Erwartungen in Einklang bringen“, so die Anforderung des Eurogruppenchefs.

Den jüngsten Reformversprechen glaubt Dijsselbloem. „Ich denke, die Ankündigungen der Regierung sind seriös.“ Leicht werde die Umsetzung aber nicht werden.

Wer keine Steuern einnimmt, hat Schulden

Ein britischer Experte bezweifelt Griechenlands Fähigkeit zum Steuereintreiben.

HELMUT KRETZL

Früher riet er Firmen, ihr Vermögen steuerschonend auf der Kanalinsel Jersey zu parken. Heute jagt John Christensen selbst Steuerbetrüger.

SN: Griechenland erwartet sich viel vom Kampf gegen Steuerbetrug. Ist das realistisch? Christensen: Das Land ist nicht in der Lage, Steuerhinterziehung effektiv zu bekämpfen. Es fehlt an Training und Erfahrung, mangels Expertise müsste man fast bei null anfangen. Zugleich ist die „Kultur“ der Steuerhinterziehung dort sehr stark. Seltsam, dass man ausgerechnet in der Wiege der Demokratie Steuern nicht als Kernelement von Staat und Demokratie versteht.

SN: Wie wirkt sich das aus? Weil es kaum Steuereinnahmen gibt, verlässt sich Griechenland seit

50 Jahren auf Verschuldung. Das sind kommunizierende Gefäße. Interessant, dass ich auch von progressiven Griechen höre, Steuerhinterziehung sei eine Art Volkssport. Auf so einer undemokratischen Basis kann man keinen modernen Staat betreiben.

SN: Wo müssten die notwendigen Verbesserungen ansetzen? Man muss Kapazitäten schaffen und sich für Transparenz einsetzen, damit man Steuerhinterziehung international verfolgen kann. Die Regierung muss klar signalisieren, dass der Kampf gegen Steuerbetrug eine Priorität für sie ist.

SN: 200 bis 300 Mrd. Euro aus Griechenland sollen in der Schweiz liegen. Ist das plausibel? Kapitalflucht aus Griechenland ist seit den 1950er-Jahren ein Phänomen. Da ist eine Summe von Hun-

derten Milliarden Euro völlig plausibel. Das Kapital hat sich durch lukrative Anlage vermehrt, etwa auf dem Londoner Immobilienmarkt, einer der Ersten war Onassis.

SN: Wohin bringen Griechen erfahrungsgemäß ihr Geld? In Jersey erinnere ich mich an keine Griechen. Historisch haben sie stets die Schweiz favorisiert, die gilt als extrem sicher und politisch stabil genug, um Druck zu widerstehen.

SN: Erklären sich die jüngsten Kapitalabflüsse auch mit der Angst vor neuen Steuerregeln? Zweifellos. Kapitalflucht wird oft mit Politik und Wechselkursen begründet. Aber die neue Regierung wollte nie die Eurozone verlassen, auch der Wechselkurs ist kein Thema. Es muss etwas anderes dahinterstecken, wie die Angst vor Steuern auf Vermögen und Immobilien.

SN: Auch internationales Know-how kann Athen nicht helfen. Das liegt wohl an der Steuerkultur in Griechenland. Dazu kommt ein sehr regressives Steuersystem, Mehrwertsteuer und Einkommenssteuer belasten besonders die mittleren Einkommen. Nur die zahlen Steuern im Land. Im ganzen Land ragen Stahlstangen aus den Häusern, damit sie formal nicht fertig sind und keine Grundsteuer anfällt. Das ist absurd und lächerlich, aber es zeigt die griechische Tragödie.

Vom Saulus zum Paulus:

Der britische Ökonom John Christensen ist Gründer des internationalen Netzwerks Steuergerechtigkeit, das gegen Steueroasen kämpft.



KURZ GEMELDET

Deutsche Wirtschaft wuchs noch stärker

WIESBADEN. Dank des überraschend starken Schlussquartals ist die deutsche Wirtschaftsleistung (BIP) 2014 um 1,6 Prozent statt wie bisher angenommen um 1,5 Prozent gewachsen. SN, dpa

Gazprom droht EU mit Gaslieferengpässen

MOSKAU. Der russische Gasriese Gazprom droht der Ukraine binnen zwei Tagen mit Lieferstopp, sollte Kiew Rechnungen nicht bezahlen. Das bringe „erhebliche Risiken für den Gastransit Richtung Europa“, so Gazprom-Chef Alexej Miller. Seit der Vorwoche liefert Gazprom Gas in die Rebellengebiete im Osten der Ukraine. Zahlen soll dafür Kiew. Der ukrainische Gaskonzern Naftogaz lehnt das ab und spricht von Vertragsbruch. Seit Beginn der Waffenruhe werde ohnehin wieder Gas in den Osten geliefert. SN, APA